

Milan Znoj/Jiří Koubek

TOTALITARISMUS UND POSTTOTALITARISMUS IN TSCHECHIEN

Die Frage, ob es in der Tschechoslowakei eine Epoche des Totalitarismus gegeben habe, muss mit ja beantwortet werden. Doch dies ist nur ein genereller Ausgangspunkt, in dem sich die Antwort auf Miloš Havelkas Frage nicht erschöpfen soll. In diesem Aufsatz versuchen wir dagegen, seine Überlegungen zur tschechischen Gesellschaft unter Anwendung des Posttotalitarismus-Konzepts weiterzuführen. Ist von Totalitarismus die Rede, so handelt es sich im tschechischen Fall auf paradoxe Art um einen „Vergleich des Unvergleichbaren“, in dieser Hinsicht ist der Titel des Aufsatzes von Miloš Havelka treffend.¹ Die Totalitarismustheorie geht davon aus, dass Kommunismus und Faschismus in „etwas Grundlegendem“ übereinstimmen. Demgegenüber wird im Folgenden die Auffassung vertreten, dass bei eingehender Betrachtung der tschechischen Zeitgeschichte nur zwei kurze, nicht miteinander verbundene Zeitabschnitte die Bezeichnung „totalitär“ verdienen: das deutsche Protektorat 1939-1945 einerseits und die kommunistische Diktatur zwischen 1948 und 1953 andererseits. Zwar handelt es sich dabei in der Tat um Phasen, die zu den düstersten der tschechischen Geschichte gehören, und beide verdienen zweifellos eine eingehende Untersuchung. Gleichwohl sind sie in einem so hohen Maße spezifisch, dass kaum zu erwarten ist, bei diesem „Vergleich des Unvergleichbaren“ etwas Wesentliches über die tschechische Gesellschaft zu erfahren. Die These dieses Beitrags lautet daher, dass die gängigen Totalitarismustheorien für die Erforschung der kommunistischen Epoche wenig produktiv sind, wohingegen sich die Posttotalitarismus-Theorie als sehr fruchtbar für die Analyse der tschechischen Gesellschaft nach dem Februar 1948 erweist.

Miloš Havelka schlägt zur Lösung des Paradoxons, Unvergleichbares zu vergleichen, eine erweiterte Theorie des Totalitarismus vor, die über die bekannten Modelle der Politikwissenschaft hinausgeht und sich auf eine soziologische Interpretation der generationellen Mentalitäten stützt. Dieser Ansatz liefert in der Tat eine Reihe neuer Erkenntnisse. Einiges spricht auch für seinen zentralen Gedanken, demzufolge die permanenten Eingriffe wechselnder Machthaber in die soziale Struktur der tschechischen Gesellschaft eine gewisse generationelle (einheitliche und irgendwie wandelbare?) totalitäre Mentalität hervorgebracht hätten, in die existenzielle historische Erfahrungen – wie das „Münchener Abkommen“, die zweite Republik, die Schrecken der „Heydrich-Herrschaft“, die Abrechnung mit Kollaborateuren und den Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, die politische Mobilisierung usw. – gewissermaßen „eingebrennt“ wurden. An Miloš Havelkas Behauptung, dass sich diese

¹ Vgl. *Havelka*, Miloš: Vergleich des Unvergleichbaren. Oder: Gab es in der neuesten tschechischen Geschichte eine Epoche des Totalitarismus? In: *Bohemia* 49 (2009) H. 2, 311-330.

Mentalitäten als „Katalysatoren für politische Systemwechsel“ auffassen lassen, haben wir indessen ernste Zweifel, und damit auch an dem Versuch, diese als Erklärungsansatz in der politischen Theorie zu verwenden. Die Konstruktion einer spezifisch tschechischen Theorie des Totalitarismus, zu der die Auffassung einer besonderen tschechischen totalitären Mentalität unserer Ansicht nach führt, erscheint uns nicht überzeugend.

Anders als bei Havelka wird hier der Begriff „totalitär“ nicht als „Konvention“ verstanden und die Termini „autoritär“, „totalitär“ und „diktatorisch“ nicht „in gewisser Weise synonym“² verwendet. Die Lösung der paradoxen Aufgabe, das Unvergleichbare zu vergleichen, wird im Folgenden nicht über die Aufweichung der Begriffe, sondern im Gegenteil über deren Präzisierung gesucht. Dies erfordert jedoch zunächst eine Rückkehr zu den Theorien und eine kritische Würdigung ihrer Tragfähigkeit, die dann an der tschechischen Erfahrung überprüft werden soll.

Die Bezeichnung „Totalitarismus“ hat einen polemischen Gehalt, wie übrigens alle Begriffe der Politikwissenschaft. Damit evoziert sie eine fassbare, gewissermaßen feindliche politische Praxis und rechtfertigt bzw. verteidigt die eigene. Solche polemischen Zuschreibungen lassen sich in allen Totalitarismustheorien finden, den philosophischen, historischen und auch den politologischen.³ Die Polemik bezieht sich nie ausschließlich auf die Termini, sondern immer auch auf das politische System und seine Praxis. In Tschechien allerdings avancierte die Grundannahme der Totalitarismustheorie, die Kommunismus und Faschismus eine Ähnlichkeit in ihren wesentlichen Zügen attestiert,⁴ nach 1989 zum antikommunistischen Credo und zur

² *Ebenda* 320.

³ Die Totalitarismustheorien ermöglichen es, Kommunismus und Faschismus in einem Atemzug zu nennen, denn es handelt es sich um eine Polemik, die vom Standpunkt der liberalen Demokratie aus geführt wurde, für die Kommunismus und Faschismus ein gemeinsamer Feind waren und sind. Doch sind die einzelnen Argumentationen so unterschiedlich, dass es nicht sinnvoll wäre, in ihnen eine gemeinsame Verteidigung der „westlichen Demokratie“ zu suchen. Sie repräsentieren die verschiedensten Strömungen des westlichen politischen Denkens. Ernst Noltes Interpretationen lassen sich z. B. nicht als Plädoyer für den Liberalismus auffassen, vielmehr handelt es sich bei ihnen um eine Verteidigung der deutsch-nationalen Tradition, die immer mit einer gewissen Verachtung auf Liberalismus und Demokratie herabsah. Das wurde z. B. im „Historikerstreit“ Ende der 1980er Jahre deutlich, der sich an Noltes Aufsatz „Eine Rede, die geschrieben, aber nicht mehr gehalten werden konnte“ entzündete, der in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 6. 6. 1986 erschienen war.

⁴ Der Terminus „Faschismus“ wird hier als Gattungsbegriff verwendet, wobei die Gattung eine Vielzahl von Arten umfasst – wenigstens den italienischen Faschismus und den deutschen Nationalsozialismus. Zur Begrifflichkeit vgl. *Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche*. München 1963. Nolte's dialektische Trias, derzufolge der „Faschismus“ der Action française die These, der italienische Faschismus die Antithese und der deutsche Nationalsozialismus die Synthese in der Entwicklung der Gattung Faschismus gewesen sei, lehnen wir jedoch ab. Der Faschismus der Action française lässt sich nicht auf eine Stufe mit den beiden anderen Bewegungen stellen. Sollte das verbindende Moment zwischen diesen Regimen der „Totalitarismus“ sein, ließe sich dagegen mit guten Gründen einwenden, dass der italienische Faschismus nicht totalitär war, sondern nur totalitäre Tendenzen und Ziele hatte. Gleichwohl existiert eine Reihe faschistischer Bewegungen, die „etwas“ gemeinsam haben, und soweit dieses „etwas“ nicht der Totalitarismus ist, kann man nicht nur die Action française hinzurechnen, sondern auf gewisse Weise auch das Franco-Regime in

Waffe im Kampf gegen den Kommunismus. Dass dieser längst zusammengebrochen ist, erscheint dabei belanglos. Heute wird der Kampf gegen die Residuen des Kommunismus und dessen verstecktes Weiterleben geführt, die sich freilich überall vermuten lassen. Und so tritt in der tschechischen Diskussion die ideologische Dimension der Totalitarismustheorie in den Vordergrund: Der tschechische Antikommunismus führt seine Kampagnen für gewöhnlich gerade über den Begriff des Totalitarismus. Um diese Polemiken wird es hier aber nicht gehen, vielmehr wird eine Betrachtung des Totalitarismus aus der Perspektive der Politikwissenschaften vorgenommen.

Die Totalitarismustheorien und ihre begrenzte Anwendbarkeit

Nach dem Zweiten Weltkrieg schossen Totalitarismustheorien wie Pilze aus dem Boden. Als das militärische Bündnis zwischen den westlichen Demokratien und der Sowjetunion zerfiel und der Kalte Krieg begann, erkannte der Westen im Kommunismus den altneuen Feind, dem es nicht nur praktisch-politisch die Stirn zu bieten, sondern auch theoretisch in angemessener Weise mit einer Definition beizukommen galt. Die Sowjetunion diente dabei als Folie für ein doppeltes Feindbild: Zum einen enthüllte man im Kommunismus einen Widersacher gleicher Art, wie es der Faschismus gewesen war – einen existenzbedrohenden Widersacher, der Europa in einen Weltkrieg führen könnte. Zugleich aber war der totalitäre Kommunismus ein bekannter Feind. Schon seit langem war er der Gegner des Liberalismus gewesen, doch hatte sich dieser Gegensatz nicht aus dem Totalitären gespeist. Es ließe sich sagen, dass die Auseinandersetzungen vor dem Zweiten Weltkrieg in einer anderen, „klassischeren“ Sprache geführt worden waren. In diesem Sinne hatte der Kommunismus vielleicht schon seit dem 19. Jahrhundert ein Feindbild dargestellt, aber nur als eine „interne“ politische Bewegung, die eine radikale Alternative zum liberalen Kapitalismus anbot. Gewiss aber wurde dieses doppelte Feindbild seit dem Ende des Ersten Weltkriegs wirksam, als die liberalen Demokratien mit kommunistischen Parteien konfrontiert waren, die anstelle der Demokratie ein politisches System sowjetischen Typs durchsetzen wollten. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch trat dieser Feind in Gestalt einer etablierten politischen Macht auf, die von der Sowjetunion bis nach Mitteleuropa reichte. Und erst damit konnte dieser Gegner zu einem dem Faschismus ebenbürtigen Feind werden.

Die Charakterisierung der Sowjetunion als totalitäre Macht beruhte auf zwei interpretatorischen Verschiebungen bzw. Wenden im Verständnis des Totalitarismus.

Spanien oder das Regime Salazars in Portugal. Das Gemeinsame zwischen diesen Regimen wird man daher an anderer Stelle suchen müssen, insbesondere in ihrer „konservativen“ Ablehnung der modernen kapitalistischen industriellen Welt. Nolte geht nicht fehl in seiner Auffassung des Faschismus als großer negativer Bewegung, die antiliberal, antikapitalistisch und antikommunistisch ist. Doch er irrt, wenn er hierin einen Bestandteil der Theorie des Totalitarismus sieht. Totalitär sind nur die Extreme innerhalb der Gattung und generell erscheint es ratsam, diese Bewegung freier zu begreifen, als Nolte es vorschlägt. Anstelle des gemeinsamen Ursprungs ließe sich ebenso von der gemeinsamen Familie dieser Bewegungen sprechen. Wir sind der Auffassung, dass man den Totalitarismus der kommunistischen Bewegungen in gleicher Weise betrachten muss.

Zunächst war der totalitäre Staat ein faschistisches Konzept gewesen, das als Alternative zu den angeblich gescheiterten liberalen Demokratien gedacht war. Mussolini sprach vom starken Staat, der alle Kräfte der Gesellschaft auf eine Aufgabe ausrichten und verschiedene Schichten der Gesellschaft zu einem stabilen und dynamischen Ganzen verbinden sollte. Die Bezeichnung „Korporatismus“ ist treffend, auch wenn sie das politische Regime, das Mussolini zu verwirklichen suchte, nicht umfassend beschreibt. Angemessener wäre es hier, von einem „totalen Staat“ zu sprechen, obgleich man zu diesem Zeitpunkt von der liberalen Begriffsverschiebung noch nichts ahnte.

Aus dieser Perspektive hat sich Carl Schmitt mit dem totalen Staat beschäftigt, den er als unvermeidliche Konsequenz der Entwicklung der Massendemokratie unter den Bedingungen der monopolkapitalistischen Wirtschaft sah. In dieser Situation sei die klassische liberale Trennung von Staat und Gesellschaft, wobei dem Staat das politische Monopol obliege, nicht aufrechtzuerhalten. Entweder entstünde daher ein schwacher totaler Staat, der nur Instrument in der Hand der Wirtschaft (unterschiedlichste unternehmerische Interessen) und der Gesellschaft (unterschiedlichste soziale Interessen) zur Verwirklichung ihrer Partikularinteressen sei. Oder aber es entwickle sich ein starker totaler Staat, dem es gelänge, Wirtschaft und Gesellschaft seine Definition des Politischen aufzuzwingen.⁵ Schmitt kritisierte in diesem Sinne zunächst die Weimarer Republik, zollte allerdings zugleich dem italienischen Faschismus Respekt und entwickelte seinen Gedanken zu einer Verteidigung des nationalsozialistischen Regimes weiter. Vom liberalen Standpunkt aus war das eine tödliche Gefahr. Die erste interpretatorische Wende stützte sich daher auf die Annahme, dass der Liberalismus beginnt, jene als „totaler Staat“ bezeichnete faschistische Erfindung ernst zu nehmen und bereit ist, den so identifizierten Feind bei einer direkten Konfrontation zu zerstören. Die erste Verschiebung in der Bezeichnung der Träger des Totalitarismus war gelungen, weil die Gründe nachvollziehbar sind, aus denen sich der Liberalismus gegen jeden ausufernden Staat – den faschistischen eingeschlossen – stellt und im Namen der pluralistischen Wirtschaft und Gesellschaft handelt, die er mithilfe eines Systems bürgerlicher und sozialer Rechte gegen die staatliche Definition des Politischen zu verteidigen sucht.

Die zweite Begriffsverschiebung setzt freilich voraus, eben dieses liberale Argument gegen den Kommunismus geltend machen zu können, obwohl dieser nicht den totalen Staat, sondern ganz im Gegenteil die Abschaffung des Staates im Allgemeinen ausrief. Dennoch ist diese Verschiebung glaubwürdig, wurde doch die Aufhebung des Staates in die Zukunft projiziert bzw. mit der Vernichtung des alten bourgeois Staates gleichgesetzt, an dessen Stelle die Diktatur des Proletariats treten sollte. Die Diktatur des Proletariats konnte nicht anders, als die Gestalt eines Staates anzunehmen, weil sie das politische Monopol für sich beanspruchte (das de facto allerdings eher die kommunistische Partei besaß) und sich aller staatlichen

⁵ Die grundlegende Argumentation bei Schmitt, Carl: *Der Begriff des Politischen*. München 1932; hier nach der tschechischen Übersetzung: *Pojem politična*. Brno, Praha 2007, 23–24 (Knihovna novověké tradice a současnosti 51). – Eingehender vgl. McCormick, John P.: *Carl Schmitt's Critique of Liberalism: Against Politics as Technology*. Cambridge 1997.

Institutionen bediente, um bei der Verwirklichung ihrer politischen Ziele effektiv auf die Mitglieder der Gesellschaft einwirken zu können. In diesem Fall wurde der kommunistische Staat jedoch nicht danach beurteilt, was er über sich selbst mitteilte, sondern danach, wie er seine politische Macht in die Realität umsetzte. Die Totalitarismustheorien stehen und fallen mit dieser Perspektivenverschiebung, denn sie besitzen ein starkes realistisches Moment, das sie zwingt, den Kommunismus mit der zum faschistischen Konzept des totalen Staates analogen Begrifflichkeit zu beschreiben. Ebenso fordert die im liberalen Verständnis grundlegende Bedeutung der Unterscheidung zwischen staatlicher und öffentlicher Sphäre, die mit Hilfe des Konzepts der subjektiven Rechte definiert wurde, eine neue Auslegung.⁶

Es gibt nicht eine Theorie des Totalitarismus, vielmehr könnte man von drei Gruppen sprechen. An erster Stelle sind die philosophischen Totalitarismustheorien von Karl Popper, Hannah Arendt und anderen zu nennen, die sich auf die geschichtsphilosophische Tradition des Westens beziehen: Den Totalitarismus ihrer Zeit begriffen Popper und Arendt als tödliche Bedrohung für das Erbe des abendländischen Europa, das sie auf das antike Griechenland zurückführten, wenn auch mit unterschiedlicher Akzentsetzung. Während für Popper die Entdeckung der Wissenschaften und des kritischen Verstands das entscheidende Moment darstellte, war es bei Arendt die Entdeckung der Polis und der bürgerlichen Tugenden.

Einen zweiten Strang bilden historische Totalitarismustheorien, zum Beispiel von Ernst Nolte oder François Furet, die den Totalitarismus als Nachhall der Ideen inter-

⁶ Es genügt freilich nicht, den Totalitarismus dadurch von anderen Herrschaftsformen abzugrenzen, dass er bürgerliche Rechte und Menschenrechte verletzt, wie es der tschechische Gesetzgeber zaghaft getan hat. Diese Definition des Totalitarismus ist zu vage und wurde allzu häufig missbraucht. Wer die bürgerlichen Rechte oder die Menschenrechte missachtet, ist gewiss ein Gegner des Liberalismus, aber offenkundig ist nicht jeder Antiliberaler ein Verfechter des Totalitarismus. Ein ähnlicher Vorbehalt auf theoretischer Ebene lässt sich gegen Poppers Auffassung des Totalitarismus formulieren: Zwar gelang es ihm auf überzeugende Weise, Demokratie mit dem zu verbinden, was er „Offenheit“ nennt, worunter er eine individualistisch angelegene kritische Rationalität versteht. Nur denkt nicht jeder Gegner einer so verstandenen „Offenheit“ totalitär. Darüber hinaus baut die Wissenschaft zwar auf einem individualistischen Fundament auf, doch ist sie durchaus in der Lage, einer totalitären Macht zu dienen, die ohne moderne Wissenschaft und Technik schließlich gar nicht vorstellbar ist. Die Negation der liberalen Eigenständigkeit (Pluralität) der bürgerrechtlichen Sphäre, die der Totalitarismus ausübt, bleibt unverstanden, solange die weiteren Prozesse, welche die Massendemokratie mit sich bringt, nicht in Betracht gezogen werden. Im Totalitarismus 1) erlangt die politische Einheit des Volkes „positive“ Bedeutung durch die „eschatologische“ Ideologie, die in Gestalt der gelenkten Propaganda eine Mobilisierung der Massen für eine Realisierung der „letzten Zwecke“ der Geschichte ermöglicht; diese Ideologie definiert dabei, wer das eigene Volk ist und wer als fremd und als Feind gilt; 2) „negativ“ ist die politische Einheit, die mithilfe der Militarisierung der Gesellschaft unter Einsatz von Polizeiterror, politischen Prozessen u. ä. erreicht wird; 3) die Zuteilung von Land wird in entscheidendem Maße von der administrativen Maschinerie kontrolliert, ebenso stehen die Tauschbeziehungen unter politischer Kontrolle, und auch die Wirtschaft wird mobilisiert, um jenen „Endzweck“ zu erreichen; 4) all diese Machtmittel hat die politische Elite in ihren Händen, die in der „eschatologischen“ Ideologie über eine Rechtfertigung für ihre exklusive Regierungsgewalt verfügt. Totalitarismus ist so gesehen eine ideologisch, militaristisch, ökonomisch-administrativ und politisch vermittelte substantielle „Einheit“ von herrschender Elite und Volk.

pretieren, die hinter den großen Ereignissen der neuzeitlichen Geschichte des Westens standen. Diese Ereignisse – für François Furet die Französische Revolution, für Ernst Nolte die Industrielle Revolution – hätten die traditionelle Gesellschaft grundlegend erschüttert und damit die Entstehung jener so genannten „annihilatorischen Therapien“ revolutionärer und konterrevolutionärer Herkunft gefördert, die in rasanter Beschleunigung im „Europäischen Bürgerkrieg“ der Jahre 1917 bis 1945 gemündet hätten.

Für das Anliegen dieses Aufsatzes ist die dritte Gruppe von Theorien besonders wichtig und zwar vor allem jene, die in der Politikwissenschaft Anwendung finden und für die Carl J. Friedrichs Interpretation in „Totalitarianism“ (1954) und der zusammenfassende Überblick „Totalitarian Dictatorship and Autocracy“, den Friedrich 1956 gemeinsam Zbigniew Brzezinski vorgelegt hat, die Grundlage bilden. Eine ausführliche Analyse ist an dieser Stelle nicht möglich, vielmehr sollen im Folgenden diese grundlegenden politikwissenschaftlichen Totalitarismustheorien im Mittelpunkt stehen. Dabei geht es einerseits darum, ihre begrenzte Gültigkeit nachzuweisen, andererseits die Motive für die „Verfeinerung“ und Neuformulierung herauszuarbeiten, die Juan Linz mit seiner Theorie des Posttotalitarismus auf überzeugende Weise vorgenommen hat.

Carl J. Friedrich führte bekanntlich fünf grundlegende Merkmale für die Charakterisierung des Totalitarismus ein: 1. eine offizielle Ideologie, 2. eine Massenpartei, geführt von einer Oligarchie, 3. das Staatsmonopol der militärischen Kräfte, 4. das Staatsmonopol der Massenmedien; später fügte Friedrich noch 5. die zentral gelenkte Wirtschaft hinzu. Er setzte selbstverständlich voraus, dass es sich um miteinander verbundene Merkmale handelt, gab aber für diese Verbindung keine schlüssige Erklärung. Zudem ist jedes einzelne dieser Kennzeichen für sich genommen vage und durchaus diskussionswürdig. So ließe sich etwa fragen, ob nicht auch der liberalen Demokratie eine Ideologie zugrunde liegt, die offiziell gültig ist, soweit die Grundrechte und Freiheiten als Bestandteil der geltenden Rechtsordnung öffentlich verkündet werden. In der Tat gibt es in der liberalen Demokratie wohl kaum ein System mit einer einzigen politischen Partei, doch lässt sich mit dem System der Einparteienherrschaft kaum der Totalitarismus fassen, finden sich doch eine Reihe solcher Beispiele auch in anderen Regimen. Noch größere Zweifel ruft das Kriterium des Staatsmonopols auf die militärische Gewalt hervor, denn dieses ist per Definition bezeichnend für das militärische Kommando jedes Staates. Überdies ist es unerlässlich, Totalitarismus von Militärdiktaturen abzugrenzen. Das Staatsmonopol der Massenmedien ist zweifellos ein Merkmal des Antiliberalismus, aber auch dieses stellt kein exklusives Charakteristikum des Totalitarismus dar.

Theorien, die sich bei der Begriffsdefinition auf dieses Set von Kennzeichen stützen, haben folglich keine andere Möglichkeit, als die Interpretation einzelner Kennzeichen „zuzuspitzen“, um „mildere“ Versionen auszuschließen. Damit entsteht zwar ein theoretisch begründetes Modell, dieses bildet aber kein reales Regime ab, sondern beschreibt eher ein abstraktes Monstrum. So ist es nicht verwunderlich, dass den Theorien, in denen der Totalitarismus einen „Idealtypus“ darstellt, geeignete analytische Werkzeuge fehlen, die sich bei der Erforschung der tatsächlichen Funktionsweisen faschistischer und kommunistischer Regime einsetzen ließen.

Die ursprünglichen Theorien des Totalitarismus waren generell arm an konkreten Erkenntnissen. Die tragende intuitive Ansicht, dass faschistische und kommunistische Regime „etwas“ gemeinsam haben, reduzierte sich letztlich auf eine Wiederholung der ideologischen Klischees, die diese Diktaturen über sich selbst verbreiteten, und auf die empirische Untersuchung der Repressionsmittel, auf die sich diese Regime stützten. Es gibt jedoch keinen Grund, warum man den jeweiligen Ideologen und ihren Reden über die „Einheit von Partei und Volk“, die „Planerfüllung“, über „geschlossene Reihen“ usw. Glauben schenken sollte. Gesellschaft und Politik bleiben in diesem Bild vollkommen blass. Man erfährt nicht viel darüber, wie politische Entscheidungen getroffen wurden, welche Interessengruppen dabei beteiligt waren, wie der staatliche Wirtschaftsplan faktisch zustande kam, welche Interessen sich bei seiner Entstehung durchgesetzt hatten und welche nicht, ganz zu schweigen von Kultur, zivilgesellschaftlichen Vereinigungen oder den verschiedenen Vereinen.

Gerade solche Fragen gaben den Anstoß dazu, dass die Politikwissenschaft in der Totalitarismusforschung neue Wege einschlug. Es war offensichtlich, dass sich das ursprüngliche Konzept lediglich in begrenztem Umfang und gewissermaßen extremer Gestalt umsetzen ließ. Zugleich zeigten die kommunistischen Regime nach und nach ein zerbröckelndes totalitäres Äußeres in Politik und Ökonomie, aber auch in der Kultur und dem gesellschaftlichen Leben tauchten allmählich Phänomene auf, die mit dem totalitären Modell nicht zu vereinbaren waren. Was die tschechische Gesellschaft betrifft, so wurde hier spätestens bei der Weltausstellung „Expo 58“ deutlich, dass aus der Durchdringung von Ökonomie und Kultur ein eigenständiger Stil entstanden war, der sich den gängigen ideologischen Klischees entzog.

Doch diese Entwicklung betraf nicht allein die Tschechoslowakei. In unterschiedlichem Umfang und Tempo ergriff dieser Prozess alle kommunistischen Länder. Ausgangspunkt dafür war Stalins Tod, auf den der XX. Parteitag der KPdSU folgte, der mit der Kritik des „Personenkults“ eine tiefe Zäsur und einen Wendepunkt markierte. Im Konzept der so genannten kollektiven Führung, das nun zur Anwendung kam, wurde die Vorstellung einer gewissen, wenn auch begrenzten Pluralität der politischen Elite zugelassen. Gleichwohl ging es bei weitem nicht nur um Politik. Nicht minder wichtig waren die ideologischen Veränderungen, insbesondere die Abkehr von der Stalinschen These über die Verschärfung des Klassenkampfes, an deren Stelle ein konsensuelles Konzept des „sowjetischen Volkes“ trat, welches der Pluralität in verschiedensten Erscheinungsformen weitaus größeren Raum gab. Auch in der Kultur machten sich Veränderungen bemerkbar. Nicht allein, dass hier Möglichkeiten für Kritik am „Personenkult“ entstanden, auch die Kultur selbst suchte nun nach einer gewissen „Autonomie“. Zwar blieb sie in „Abhängigkeit“ von der Ideologie – die führende Rolle der Kommunistischen Partei blieb unangetastet –, doch um sich durchzusetzen, musste die Partei zunehmend verhandeln und Kompromisse eingehen. Dabei übte sie von Zeit zu Zeit massiven politischen Druck aus. Eines der bedeutendsten Symptome waren wohl die Versuche ökonomischer Reformen, die unter dem Schlagwort „Entwicklung der Warenproduktion unter den Bedingungen der sozialistischen Planung“ firmierten, was wie die Quadratur des Kreises klang, aber zweifellos dazu führte, dass ein begrenzter wirtschaftlicher Pluralismus und ökonomische Machtzentren entstehen konnten. Die Wirtschaft bot

„politischen Eliten“ eines bestimmten Typs ein Umfeld, in dem sie um den Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung wetteifern konnten. Summa summarum: Der ursprüngliche Totalitarismus war passé und das Regime nahm Züge an, die sich vielleicht besser unter dem Begriff des Posttotalitarismus zusammenfassen ließen.

Posttotalitarismus nach Juan Linz

Das Konzept des Posttotalitarismus stellt eine interessante Anleitung dafür dar, wie man bei Überlegungen über nichtdemokratische Regime zwischen Charybdis – dem Missbrauch des Totalitarismusbegriffs – und Scylla – der analytischen Unschärfe bei der Unterscheidung zwischen „normalen“ autoritären Regimen und spezifischen Diktaturen mit einer bereits verblassenden, aber immer noch gültigen offiziellen Staatsideologie – hindurchsteuern kann. Die Einführung einer neuen, selbstständigen Kategorie in die Totalitarismustheorie erscheint auf den ersten Blick als elegante und zugleich einfache Lösung. Doch galt es zunächst, sich einem Dilemma zu stellen: Wo auf einer gedachten Karte nichtdemokratischer Regime ist der Posttotalitarismus zu positionieren? Ist er als Unterkategorie autoritärer Regime zu verstehen, oder handelt es sich um einen spezifischen Typ, der seinen eigenen, konkret abgegrenzten Standort verdient?

Bereits 1975, als Linz mit seinem Werk „Totalitarian and Authoritarian Regimes“⁷ erstmals einen geschlossenen theoretischen Rahmen für den Vergleich nichtdemokratischer Regime vorlegte, prägte er die Bezeichnung „posttotalitäres autoritäres System“. In seinem gemeinsam mit Alfred Stepan verfassten Werk von 1996, „Problems of Democratic Transition and Consolidation“,⁸ wandte er sich von diesem „Teilmengen“-Begriff allerdings ab und konzipierte den Posttotalitarismus als selbstständigen Typus nichtdemokratischer Regime. Daneben lösten die Autoren nun als völlig eigenständiges Phänomen auch den so genannten Sultanismus heraus, ein Regime, das allein auf der persönlichen Macht des Herrschers begründet ist.

Linz' Beiträge zur Erforschung und Klassifizierung nichtdemokratischer Regime weisen eine deutliche Entwicklung auf: Sie führen von der dreigliedrigen Abgrenzung „Demokratie – Autoritäres Regime – Totalitarismus“ über die modifizierte Klassifizierung (mit dem Posttotalitarismus als eingeschlossener Subtypus des autoritären Regimes) hin zur vollständigen konzeptuellen Verselbstständigung des Posttotalitarismus (und der allgemeinen Erweiterung der Klassifikation auf – den Sultanismus eingeschlossen – fünf Typen).

Als treibende Kraft für die schrittweise Verfeinerung der Klassifizierung ist wohl Linz' Streben nach deren empirischer Relevanz anzusehen. Im Jahr 1964 schrieb er in seinem berühmt gewordenen Artikel „An Authoritarian Regime: The Case of Spain“, in dem er das Konzept der autoritären Regime vorstellte, dass die große Mehrheit der zeitgenössischen politischen Ordnungen keinem der zu dieser Zeit anerkannten Idealtypen entspreche – weder der Demokratie noch dem Totalitaris-

⁷ Linz, Juan J.: *Totalitarian and Authoritarian Regimes*. Boulder 2000.

⁸ *Ders./Stepan, Alfred: Problems of Democratic Transition and Consolidation*. Baltimore 1996. 39 f.

mus.⁹ Ungefähr 30 Jahre später stellte er fest, dass der Anteil der unter seine inzwischen erfolgreich etablierte Kategorie subsumierten Staaten sich bereits gewaltig erhöht hätte. Konkret führte er an, dass der Anteil des autoritären Regime allein zwischen 1978 und 1987 um 90 Prozent zugenommen hätte.¹⁰ Demzufolge existiert ein explizites und offen deklariertes pragmatisches Motiv, weshalb die Posttotalitarismen aus der Gruppe der autoritären Regime herausgetrennt werden sollten – eine derart weite Kategorie wäre zu heterogen und hätte zu wenig Aussagekraft.

Neben diesem „negativen“ Grund gibt es jedoch auch einen „positiven“ Aspekt: Die Regime, die historisch aus dem Totalitarismus hervorgehen und gezwungenermaßen dessen Erbe in sich tragen (wie verwässert dieses auch sein mag), haben etwas gemeinsam, was sie von anderen nichtdemokratischen Regimen – totalitären wie autoritären – unterscheidet.

Um keinen Irrtum entstehen zu lassen, soll jedoch daran erinnert werden, dass sich Linz bei seinen Forschungen zu nichtdemokratischen Regimen niemals in prinzipielle Opposition zum etablierten Konzept des Totalitarismus begeben hat, dessen Nützlichkeit und Validität als Idealtypus er respektierte. Seine Klassifizierung ist eine Ergänzung, was aber nichts daran ändert, dass Betrachtungen über den Totalitarismus als solchen vor allem kritisches Durchdenken und Reflexionen verdienen.¹¹

Die Aufgabe, die sich Linz gestellt hat, erscheint jedoch nur auf den ersten Blick weniger ambitioniert. Sein Anliegen ist es, Klarheit in das undurchsichtige Gewirr nichtdemokratischer Regime zu bringen, bei deren Einschätzung sich Diskurse von Sozialwissenschaftlern, Historikern, Politikern und Journalisten miteinander vermischen. Ohne Zweifel werden beide Aufgaben – die kritische Revision des Totalitarismus und die sorgfältige Entschlackung der Terminologie unter Berücksichtigung der sich weiter entwickelnden Realität, einschließlich der virtuellen – mit fortschreitender Zeit noch an Dringlichkeit gewinnen.

Obwohl die von Linz vorgenommene Gliederung insgesamt nützlich erscheint, kann auch sie Zweifel hervorrufen: Ist es zum Beispiel nicht ein großer Mangel, dass der Begriff des Posttotalitarismus zeitlich und räumlich auf ein so relativ schmales und begrenztes Gebiet, wie es der sowjetische Block (bzw. ein Teil davon) der 1950er bis 1980er Jahre war, anwendbar zu sein scheint? So lässt sich zu Recht fragen, ob es überhaupt Anlass gibt, davon auszugehen, dass Linz' Konzept auch zukünftig sinnvolle Verwendung finden wird. Schließlich liegt ihm eine historische Situation zugrunde, die sich nicht wiederholen wird – ein stagnierender geopolitischer Block, der um eine heute nicht mehr existierende Supermacht und eine allmählich absterbende ambitionierte Ideologie herum gruppiert war. Skepsis kann man mit gleicher Berechtigung auch am Konzept des Totalitarismus bzw. den anderen nichtdemokra-

⁹ Linz, Juan J.: An Authoritarian Regime: Spain. In: *Allardt, Erik/Littunen, Yrjö* (Hgg.): *Cleavages, Ideologies and Party Systems. Contributions to Comparative Political Sociology*. Turku, Helsinki 1964, 291-341 (Transactions of the Westermarck Society).

¹⁰ *Ders./Stepan: Problems of Democratic Transition and Consolidation* 39 f. (vgl. Anm. 8).

¹¹ Für ausführliche Überlegungen zu den zeitgenössischen Kritiken siehe *Linz: Totalitarian and Authoritarian Regimes* 129-136 (vgl. Anm. 7).

tischen Kategorien anmelden. Sofern nur zwei dieser Kategorien – Sultanismus und autoritäres Regime – einen solchen Test, den neue Verhältnisse darstellen, bestehen würden, stellte sich erneut Linz' ursprüngliche Aufgabe: Wie ließe sich die überkommene Klassifikation an die Anforderungen der Realität anpassen? Ohne eine Antwort auf diese weit reichende Frage suchen zu wollen, wird es nun darum gehen, den Gewinn aufzuzeigen, den Linz' Modell für das Verständnis der jüngeren tschechischen Vergangenheit bringt.

Posttotalitarismus unter tschechischen Bedingungen

Zunächst noch einmal einige Worte zu Linz' Methode. In dem gemeinsam mit Stepan verfassten Werk von 1996 beschäftigt er sich mit dem Posttotalitarismus unter Verwendung eben derselben vier Kriterien, die er bereits in seinen früheren Arbeiten zur Unterscheidung autoritärer Regime von Totalitarismus und Demokratie herangezogen hatte. Als wesentliche Punkte hatten hier die Reichweite des Pluralismus, das Wesen der Führerschaft (leadership), die Präsenz der Ideologie und der Umfang sowie die Intensität der Mobilisierung gegolten. Es trifft zu, dass Linz eine analoge Methode anwendet – obgleich er das Objekt seiner Definition nun nach zwei Seiten, das heißt gegen den Autoritarismus wie den Totalitarismus abgrenzt. Diese analoge Methode sollte jedoch nicht zu der Vorstellung verleiten, dass die Beziehung zwischen posttotalitärem und autoritärem Regime nach Linz ein Kontinuum ist. Posttotalitarismus entsteht aus dem Totalitarismus und kann sich graduell – wenn auch nicht notwendigerweise linear und ohne Brüche – in Richtung einer pluralistischen und weniger intensiven Form verschieben. Diese Bewegung kann bis hin zu einem Regimewechsel führen, wobei als Resultat nicht nur eine demokratische oder eine autoritäre Form der Herrschaft vorstellbar ist, sondern auch ein anderer Regimetypus, wie z. B. im Fall der sultanistischen Elemente in Zentralasien. Ein Kontinuum lässt sich also nur zwischen Totalitarismus und seiner abgeschwächten Nachfolgeform finden – mit der konkreten Ergänzung, dass auch der Posttotalitarismus selbst eigentlich ein Kontinuum ist.

Vor der eingehenden Darstellung von Linz' Modell wird zunächst eine gewisse Vereinfachung vorgenommen. In seinem zweiten und vierten Kriterium – der Führerschaft und der Mobilisierung – ähnelt der posttotalitäre Staat eher dem autoritären als dem totalitären Typus. Bei dem dritten Kriterium, dem der Ideologie, verhält es sich genau umgekehrt. Gerade die Existenz einer offiziellen und ambitionierten Staatsideologie, selbst wenn diese nicht mehr aggressiv alles zu durchdringen sucht, ist eines der Elemente, das ein posttotalitäres Regime mit der totalitären Epoche verbindet, aus der es hervorging. Es muss jedoch ergänzt werden, dass die Ideologie hier immer mehr zur Fassade wird – zum leeren Ritual, an das nahezu niemand mehr glaubt.

Hinsichtlich des Pluralismus bleibt der Posttotalitarismus irgendwo auf halbem Weg stehen. Was den gesellschaftlichen und ökonomischen Pluralismus betrifft, kann er sich dem autoritären Typus, für den ein „eingeschränkter Pluralismus“ charakteristisch ist, zwar ein beträchtliches Stück annähern. Doch im Bereich der Politik verharrt das posttotalitäre Regime bestenfalls im „institutionalisierten Pluralis-

mus“, also entwickelt eine gewisse innere Heterogenität im Rahmen der staatlichen Bürokratie und der Staatspartei. Dieser beschränkte Pluralismus darf Linz zufolge nicht als politischer Pluralismus im eigentlichen Sinne des Wortes missverstanden werden. Die posttotalitäre Partei besitzt weiterhin das gesetzlich verankerte Machtmonopol, rückt also nicht von ihrer „führenden Rolle“ ab. Anders als ein Regime vom Typ der Franco-Herrschaft in Spanien bemüht sie sich aber nicht sonderlich darum, Kader von außen, namentlich Technokraten und Experten, zu kooptieren. Zu einer solchen Kooptation und zu einer partiellen Beeinträchtigung des politischen Monopols kommt es höchstens im so genannten reifen oder fortgeschrittenen (mature) Posttotalitarismus, der die letzte von drei Entwicklungsphasen ist, die Linz unterscheidet – neben dem frühen (early) und dem eingefrorenen (frozen) Posttotalitarismus.

Diese innere Aufgliederung ermöglicht es, eine präzisierte partielle „Bilanz“ der oben angeführten vier Kriterien zu ziehen, vor allem aber erleichtert sie die Differenzierung zwischen einzelnen empirischen Fällen. Nicht zuletzt unterstreicht sie den Charakter des Posttotalitarismus als Kontinuum. Zunächst zu den Kriterien: Hinsichtlich der Rolle der Ideologie unterscheidet sich der frühe Posttotalitarismus zum Beispiel nicht allzu stark vom Totalitarismus – erst die eingefrorene Phase bringt Ritualisierung, Automatisierung und Aushöhlung der offiziellen ideologischen Manifestationen und Formeln mit sich. Die reife Phase zeichnet sich schließlich durch eine faktische und sichtbare Erosion aus. Natürlich setzt das Modell nicht voraus, dass im konkreten Einzelfall alle Phasen durchlaufen werden müssen.

Was die Dimension der Führerschaft betrifft, so kann es bereits in der Etappe des frühen Posttotalitarismus zu einem entscheidenden Bruch kommen. Meistens handelt es sich bei solch einer Zäsur um den Tod eines großen Führers, vor dessen undurchschaubarem Willen die gesamte Umgebung einschließlich seines engsten Umfeldes erzitterte. Für die Zukunft möchte die Elite sicherstellen, dass sich eine vergleichbare Situation der Willkür nicht wiederholt, und löst damit selbst den Prozess der Enttotalisierung aus.

Die posttotalitäre Wende im Bereich der Mobilisierung lässt sich am besten durch den Vergleich der beiden folgenden Formeln erfassen: Im klassischen Totalitarismus galt der Grundsatz „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“. Indessen formulierte der ungarische Staats- und Parteichef János Kádár in einer Rede von 1962, die Linz als Meilenstein interpretiert und der er entscheidende Relevanz für die Klassifizierung des ungarischen Falles zuspricht, das Motto „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns“. Damit ist eigentlich alles gesagt: Das posttotalitäre Regime fordert keine Begeisterung mehr, es gibt sich mit passivem Gehorsam zufrieden. Vor allem sinkt die Intensität der Mobilisierung. Die Extensität bleibt zumindest äußerlich erhalten – in der Form massenhafter ritualisierter und quasi-obligatorischer Manifestationen. Unter ihrer Oberfläche verbirgt sich jedoch eine allgemeine Flucht in die Privatsphäre.

Linz war selbstverständlich nicht der Erste, der diese Phänomene beschrieb. Ein analoges Motiv, die Wandlung einer ehemaligen Gewaltdiktatur zu einer Macht, die auf entleerten Ritualen und Konsumismus unter den Bedingungen des realen Sozialismus basiert, hat auch Václav Havel entworfen. Und auch er hat in seinem Buch

„Die Macht der Ohnmächtigen“¹² für dieses – um es mit seinen Worten zu sagen – auf einem „Leben in der Lüge“ gegründete Regime die Bezeichnung „Posttotalitarismus“ verwendet. Übrigens verweist Linz in seinen jüngsten Arbeiten einige Male auf Havel.¹³

Bereits diese relativ schematische Beschreibung lässt viele reale Züge des Lebens in der Tschechoslowakei von den 1960er bis zu den 1980er Jahren erkennen. Im Folgenden soll das Konzept auf die Analyse der KPTsch-Herrschaft in der Tschechoslowakei übertragen werden, anschließend geht es noch einmal zu der Interpretation von Linz und Stepan zurück.

Linz bewertet in seinem späteren Werk von 1996 die Tschechoslowakei der „Normalisierungszeit“ (1969-1989) als „eingefrorenen Posttotalitarismus“. Er streicht die Verknöcherung und Unbeweglichkeit des Systems sowie die gerontokratischen Tendenzen in der Entwicklung der herrschenden Eliten hervor. Ergebnis seiner Analyse ex post ist, dass die stagnierende Ordnung, die Faktoren selbst „heranzüchtete“, die auf die spätere abrupte Wende zuliefen. Dies verdeutlicht er durch die vergleichende Perspektive: Im Unterschied zum „reifen“ posttotalitären Ungarn sei das tschechoslowakische Normalisierungsregime lange Zeit zu einer Anpassung unfähig gewesen, aber auch die intensive quasi-totalitäre Kontrolle des öffentlichen Raumes, wie sie etwa für das frühe post-totalitäre Bulgarien charakteristisch war, habe es nicht fortgesetzt. Der Systemwechsel wurde in Ungarn mit einem Pakt eingeleitet, in Bulgarien fand ein gelenkter Übergang statt, in der Tschechoslowakei kam es indessen zum Systemzusammenbruch.

Linz' Einordnung der tschechoslowakischen „Normalisierung“ in den von ihm entworfenen theoretischen Rahmen erweist sich als überzeugend. Gleiches gilt auch für seine Interpretation der Bedingungen und Umstände der Transition zur Demokratie. Aus der Konzentration auf die allgemeine Problematik des Übergangs und der Konsolidierung, die in einem umfangreichen Vergleich außer der Tschechoslowakei und einigen weiteren postkommunistischen Staaten auch südeuropäische und lateinamerikanische Fälle zusammenbringt, ergibt sich jedoch notwendigerweise die Auslassung von Einzelheiten – für die Tschechoslowakei konkret die Ausblendung der 1950er und 1960er Jahre. Zu Recht konstatieren Linz und Stepan, dass Stalins Tod und Chruščëvs Rede für die ČSSR keinen entscheidenden Impuls

¹² Havel, Václav: *Moc bezmocných* [Die Macht der Machtlosen]. London, Brno 1979; deutsche Übersetzung: *Versuch in der Wahrheit zu leben. Von der Macht der Ohnmächtigen*. Reinbek bei Hamburg 1980.

¹³ Dies soll nicht bedeuten, dass die Auffassungen des Posttotalitarismus von Havel und Linz übereinstimmen – sie gehen vielmehr auseinander. Jedoch konvergierten sie in der These, dass die kommunistische totalitäre Ideologie allmählich immer inhaltsleerer und zu einem bloßen Ritual wurde. Aber während Linz dies als einen möglichen Schritt zur liberalen Demokratie bewertet, erblickt Havel in diesem Konsumismus eine noch raffiniertere und womöglich gefährlichere Macht, da sie das Leben der Bürger manipulieren könne. Seiner Meinung nach ist die kommunistische Macht dadurch, dass der Konsumismus zu einer Triebfeder des Gehorsams gemacht wurde, sogar gestärkt worden. Das posttotalitäre „Leben in der Lüge“ sei demnach ein schlechterer Zustand, als „aufrichtig“ den falschen kommunistischen „Göttern“ zu dienen.

für einen Kurswechsel darstellten.¹⁴ Anschließend gehen sie direkt zum „Prager Frühling“ über.¹⁵ Ihre Interpretation beschränkt sich – was nachvollziehbar ist, schließlich gilt das Interesse primär dem demokratischen Übergang – weitgehend auf die 1970er und 1980er Jahre.

Für die Analyse früherer Zeitabschnitte kann die eher theoretische Arbeit von Linz aus dem Jahr 1975 herangezogen werden, in der allerdings keine ausführlichen Darstellungen der konkreten Einzelfälle vorgelegt werden. Linz wendet hier die Typologie Gordon H. Skillings auf die Tschechoslowakei an, in der gesellschaftliche Gruppen und ihre Autonomie die Schlüsselkategorie bilden.¹⁶ Diesem Modell zufolge stellte die Tschechoslowakei zwischen Januar und August 1968 ein „sich demokratisierendes und pluralistisches autoritäres Regime“ dar. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass Linz den Posttotalitarismus in dieser Arbeit noch als Subtyp des autoritären Regimes verstand – seit Mitte der 1960er Jahre sei sie ein „quasi-pluralistisches autoritäres Regime“ und davor ein „konsultatives autoritäres Regime“ gewesen.¹⁷ Linz weist auch darauf hin, dass Skilling die totalitäre Entwicklungsphase zwischen 1948 und 1953 für die Tschechoslowakei mit dem Begriff „Quasi-Totalitarismus“ belegt.

Der Übergang von der totalitären zur posttotalitären Phase in der Tschechoslowakei bildet ohne Zweifel einen ebenso spezifischen wie widersprüchlichen Fall. Mehr noch als der abrupte Wechsel von der „Normalisierung“ zur Demokratie, der bereits relativ gut erforscht ist, verdient die allmähliche und unauffällige Transition, die sich davor vollzog, eine gründliche Analyse unter Verwendung des theoretischen Apparats von Linz. Ohne den Anspruch erheben zu wollen, den einen Wendepunkt in der Geschichte auszumachen, der den Anfang des Posttotalitarismus bedeuten könnte, vertreten wir die Ansicht, dass das bürokratisierte Regime unter Antonín Novotný den strengen Kriterien der Totalitarismusdefinition zu weiten Teilen nicht entspricht. Linz äußert sich hierzu allerdings nicht explizit, auch lässt sich aus seiner Auslegung Skillings folgern, dass die Tschechoslowakei ihren Platz im posttotalitären Spektrum keinesfalls vor Mitte der 1960er Jahre fände (siehe oben die Ausführungen zum Übergang vom konsultativen, also eher totalitären, zum quasi-pluralistischen autoritären Typus).

Es ist bedauerlich, dass Linz keinen Versuch unternommen hat, diese ältere, von Skilling übernommene Aufgliederung zu seiner Periodisierung des Posttotalitarismus von 1996 in Bezug zu setzen. Dabei böte es sich geradezu an, die „konsultative“ tschechoslowakische Phase, die nach Skilling bis ungefähr Mitte der 1960er Jahre dauerte und von der unerschütterten Dominanz einer schmalen politischen Führungsgruppe einerseits, einer zugleich wachsenden Autonomie von Gruppen der Bürokratie andererseits charakterisiert war, mit Linz und Stepans „frühem Posttotalitarismus“ zu identifizieren. Schließlich wies dieser eine verhältnismäßig große Dynamik der direkten Ausrichtung auf den „reifen Posttotalitarismus“ hin auf –

¹⁴ *Linz/Stepan*: Problems of Democratic Transition and Consolidation 317 (vgl. Anm. 8).

¹⁵ *Ebenda* 318.

¹⁶ *Linz*: Totalitarian and Authoritarian Regimes 253-257 (vgl. Anm. 7).

¹⁷ *Ebenda* 255.

selbstverständlich gehörte hierzu auch der Höhepunkt der Reformbewegung nach dem Januar 1968. Die folgende „eingefrorene Epoche“ der Normalisierung stellte gegenüber diesen Entwicklungstendenzen eigentlich ein Diskontinuum dar, das seinen treffenden Ausdruck in der nächtlichen Ankunft der Invasionstruppen fand.

Die spezifischen Züge des Endes des Kommunismus in Tschechien begannen unmittelbar darauf sichtbar zu werden: Es handelte sich zum einen um eine präzedenzlose innerparteiliche Säuberung, die die KP'Tsch ihre personelle Substanz kostete, zum anderen die für diese Zeit eigentlich untypische politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Trends wie die Aushöhlung der Ideologie, die Routinisierung und „Potemkinisierung“ der Mobilisierungsrituale, die Verknöcherung der Partieliten und die Entstehung des Dissens sowie der Parallelkultur. Zudem entwickelten sich Ansätze eines politischen Pluralismus, der von „periodischen Fluchten der Bevölkerung auf die Datscha“ begleitet war. All das zeichnete den Weg zum November 1989 deutlich vor.

Aus dem Tschechischen von Nicolai Kuhl